

Forum 5:

Kritik des Neoliberalismus – Zusammenhänge zwischen Ideologiekritik und Kritik der veränderten Realitäten

1. Vorbemerkung:

Ursprünglich wollte ich mich auf die Moderation dieses Forums beschränken.

Ich bin auch kein Ökonom, der die Durchsetzung dieses Neoliberalismus gegen die bis dahin prägende Keynesianische Wirtschaftspolitik seit Mitte der 1970er Jahre in der Aufeinanderfolge von Monetarismus, Angebotspolitik und Laisser-faire berufen analysieren könnte.

Mich interessieren allerdings auch eher die Fragen, die in der Einladung zu diesem Forum mit zwei übergreifenden Thesen verbunden sind.

Die *Thesen* lauten:

- Der Neoliberalismus ist eine ideologische Macht, die starke Akteure zur Geltung bringen, und
- der Neoliberalismus ist ein Prozess der praktischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die daran anschließenden *Fragen* lauten:

- Wie konnte neoliberale Politik so dauerhaft in die Offensive kommen?
- Wie muss die Auseinandersetzung damit aussehen, um realitätstüchtig werden zu können?
- Wie können Gewerkschaften und kritische Wissenschaft Gegenstrategien voranbringen?

Thesen und Fragen Forum 5

- **Starke Akteure bringen den Neoliberalismus als ideologische Macht zur Geltung**
- **Neoliberalismus spiegelt einen Prozess der praktischen Umgestaltung unserer Gesellschaft**
- **Wie konnte neoliberale Politik dauerhaft in die Offensive kommen?**
- **Wie werden wir in Auseinandersetzung damit realitätstüchtiger?**
- **Wie können Gewerkschaften und ihnen verbundene Wissenschaft Gegenstrategien voranbringen?**

Ich will dazu einen kurzen Input für unsere Diskussion versuchen.

2. Der Neoliberalismus als verselbständigte Ideologie?

K. G. Zinn skizziert in einem kürzlich erschienenen Sammelband über die Zukunft des Flächentarifvertrags in seinem Beitrag über die „Finanzmarktgetriebene Globalisierung“ und die „Einkommenspolitik im Shareholder-Kapitalismus“ sehr überzeugend den „sozialen Fortschrittsbruch im jüngeren Kapitalismus“ seit Mitte der 1970er Jahre (S. 24).

- Er weist einmal mehr nach, dass die keynesianische Wirtschaftstheorie die überzeugendste Analyse - und eine zutreffende Prognose! – der kapitalistischen Entwicklung der vergangenen fünf Dekaden geliefert habe. Keynes habe 1944 prognostiziert, dass auf mehrere Dekaden dynamischer ökonomischer Entwicklung eine Phase zunehmender Stagnation und dann einer wachsender Krisen folgen werde, denen aussichtsreich nur mit massiver Umverteilung von Arbeit zu begegnen sein werde.
- Zinn argumentiert weiter: Monetarismus, Angebotspolitik und neoliberalistischer Laissez-faire hätten demgegenüber zu einem neuen Feudalismus und Vorstellungen einer „industriefeudalistischen“ Lösung der Beschäftigungsfrage“ (S.26) (durch billige Dienstleistungsarbeit für eine neue „parasitäre Oberschicht“ (ebd)) geführt.
- „Der Angriff auf den Flächentarifvertrag“ reihe sich hier in eine seit Jahrzehnten ablaufende Umverteilung von unten nach oben (S. 32) ein, in eine Politik „radikaler Gegenreformen“, die das Label Reformpolitik zu Unrecht trage (S. 29). Und er charakterisiert die „TINA-Formel („there is no alternative“)" der „Globalisierungsdiodeologen“ als „Katastrophenkurs“.
- Er zieht ferner Vergleiche zur Großen Krise am Ende der 1920er Jahre, die in den USA in den New Deal bei uns in den Faschismus mündete, und vermerkt als Unterschied, dass es erstaunlich sei, dass wir heute seit über 30 Jahren den erwähnten „sozialen Fortschrittsbruch“ erlebten, ohne dass alternative Vorstellungen gegen das Neoliberale Einheitsdenken Platz greifen.

Richard Detjen spricht in dem gleichen Sammelband davon, dass der Neoliberalismus „in gewisser Weise der realen Welt entrückt (sei) und den Charakter einer Zivilreligion angenommen habe. Das mag unsere Lage bildhaft ganz gut beschreiben, es erklärt sie mir (und v. a. ihr Entstehen) aber noch nicht.

Wenn dann *Immanuel Wallerstein* in seinem jüngsten Band über „den Niedergang der amerikanischen Macht“ eine Wette darauf anbietet, dass die Hegemonie des Neoliberalismus spätestens bis 2010 zu Ende sein werde – zugleich aber vom Übergang in eine Systemkrise des Kapitalismus spricht, die insgesamt durchaus 50 Jahre dauern könne – dann finde ich auch diese Analyse „großer Entwicklungslinien“ (hier eher mit Marx und den Konradjeffschen langen Wellen der Konjunktur operierend) in vielem Zutreffen. Aber schön und gut., sie hilft mir

auch nicht bei meiner eher tagespolitischen Frage, wie ich mich mit dem herrschenden Neoliberalismus hier und heute aussichtsreicher auseinandersetzen könnte.

Diese tagespolitische Frage wird für mich um so drängender, wenn ich sehe, dass der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vor zwei Wochen in einem Spiegelinterview die Agenda 2010, also den „Neoliberalismus light“ der rot-grünen Bundesregierung für unumkehrbar erklärt hat. Nach den Bemühungen um eine breite Mobilisierung gegen diese Politik, die zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben, und angesichts eines heftig fortschreitenden Bindungsverlustes in Bezug auf die eigene Mitgliedschaft sehe ich das als Signal einer Orientierung auf eine Politik „kleiner Erfolge“, von der K:G: Zinn in dem eben erwähnten Aufsatz gesagt hat, dass „deren Befriedungsfunktion aber gerade die Kraft zu grundsätzlicher Systemkritik eher lähmt“. Nun muss man die kleinen Schritte immer wieder tun. Die Frage ist dann also: Wie lassen sie sich tun ohne gleichzeitig eine solche Lähmung herbeizuführen.

Dazu habe ich ein paar allgemeine Überlegungen in dem Beitrag über „das Dilemma der Doppelstrategie“ aufgeschrieben, der auf der Homepage unseres Forums nachgelesen werden kann. Ich will hier nun ein paar Überlegungen vortragen, die vielleicht für unsere heutige Diskussion über den Neoliberalismus weiterführend sind.

3. Der Neoliberalismus wird gemacht! (ebenso wie die neoliberale Globalisierung)

Der Neoliberalismus wird gemacht

- **Der „soziale Fortschrittsbruch“ ist kein Naturereignis, Er wird gemacht**
- **Interessengeleitete „Privatisierung der Welt“ seit Mitte der 1970er**
- **Lobbyismus wuchert und gilt bei Transparenz als völlig legitim**
- **„Stille Macht scheut das Licht“ bei der Veränderung der Wirklichkeit**
- **Sie besetzt das Feld wie eine zeitlose Gegenwart**
- **Sie fesselt uns an die Rationalität einer entfesselten Ökonomie**
- **Aber auch der alte Keynesianismus war zu unhistorisch**
- **Die Linke hat ihre Defensive auch selbst mit herbeigeführt**

- Der „soziale Fortschrittsbruch im jüngeren Kapitalismus“ seit Mitte der 1970er Jahre, von dem K.G. Zinn spricht, ist kein Naturereignis. Er wurde und wird gemacht: Von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die an der Aufrechterhaltung der alten Herrschaftsverhältnisse ein Interesse haben. An am offenkundigen Beginn der neoliberalen Gegenrevolution stehen u.a. das Ende von Bretten Woods – und damit das Öffnen der (Spekulations)Räume für die „finanzmarktgetriebene Globalisierung“ unserer Tage – und der 11. September 1973, also der CIA gestützte Putsch gegen die demokratisch gewählte Regie-

rung Allende in Chile auf den zusammen mit der Zerstörung der Demokratie und der Errichtung einer Militärdiktatur auch die konterrevolutionäre Umgestaltung der Ökonomie nach den Vorstellungen der Chicago Boys erfolgte. Urs Müller Platenberg hat dies unlängst detailliert nachgezeichnet. Sie war sehr erfolgreich. Nach dem Ende der Militärdiktatur 1990 sind die Ökonomen der demokratischen Parteien mit fliegenden Fahnen zum Neoliberalismus übergelaufen, nachdem sie ihn bis 1989 noch in Theorie und Praxis heftig kritisiert haben.

- Weit früher liegt allerdings schon die breite, vielfältige Sammlung von Personen und Organisationen - Institute, Denkfabriken, (z.B. Stiftung Marktwirtschaft“) Wirtschaftsverbände, Journalisten, „Reforminitiativen der neoliberalen Eliten - an deren Beginn 1947 die Gründung der *Mont Pélerin Society* (u.a. August v. Hajek, Ludwig v. Mises, Karl Popper, Arnold Hunold, Milton Friedman u.a.)¹ als „internationaler Akademie“ und „Weltanschauungsgemeinschaft“ (D. Plahwe, S. 30) steht.
- Seit der Mitte der 1970er Jahre wird „die Privatisierung der Welt“ allenthalben systematisch und zunehmend forciert betrieben, wie zuletzt der Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac überzeugend aufgezeigt hat.
- Wirtschaftsinteressen werden dabei systematisch verfolgt. Der methodische Individualismus und der freie Markt, auf die die Individuen sich als einzelne Begegnen sind dabei als unverrückbare Glaubenssätze gesetzt. Die Freiheit vom bevormundenden Staat wird gefordert. Jeder ist „seines Glückes Schmied“. Gelegentlich werden Auswüchse dieser neuen wirtschaftlichen Freiheit in unserer medial hergestellten Öffentlichkeit sichtbar, wie unlängst bei der Debatte um die Nebentätigkeiten unserer Parlamentarier. Das ist dann eine kurzfristige Nachrichtenkonjunktur, der die nächste folgt. Dabei war der Tenor der Fernsehdiskussionen dann allerdings: Im Kern ist das ja okay, dass die Parlamentarier solche Nebentätigkeiten ausüben. Dann verstehen sie wenigstens was vom wirklichen Leben und kennen sich mit den Sachproblemen der Wirtschaft aus. Das muss nur transparent sein. Man sieht: Die Ideologie der TINA-Politik übersteht also auch solche Debatten gänzlich unbeschadet, wie man sieht.
- Im Kern gilt also für die Wirtschaftsinteressen, die unsere Demokratie untergraben: „die stille Macht scheut das Licht“, wie der Journalist Thomas Leif das unlängst formuliert hat. Und dieser Lobbyismus verändert unsere Wirklichkeit wirkungsvoll. Die „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ ist außerordentlich erfolgreich bei ihren Bemühungen, soziale Marktwirtschaft als freie Marktwirtschaft neu zu definieren und diese Neudefinition gesellschaftlich durchzusetzen.

¹ Deutsche Mitglieder damals u.a.: Ludwig Erhard, Alfred-Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alexander Rüstow.. In Deutschland weiter seit den fünfziger Jahren die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* (Der Gründer Otto Lautenbach, sah ihr Ziel darin, die Soziale Marktwirtschaft zu vollenden, „bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird.“ (zitiert nach Plahwe a.a.O.)

- Kennzeichnend für die neoliberale Ideologie der TINA-Politik ist dabei v.a., dass sie, wie die neoliberale Ökonomie, im Grunde den historischen Charakter jeder Wirklichkeit ignoriert.
- Dabei nutzt sie den selbsterzeugten Druck der entfesselten Ökonomie, um uns alle um so fester an deren Rationalität zu fesseln:
 - Wir brauchen Arbeit, denn über sie erst gewinnen wir Teilhabechancen.
 - Dass Arbeit für alle bei dem TINA-Katastrophenkurs möglich sei, gilt als unanzweifelbar.
 - Allenfalls benötigen wir, so sagt man uns, noch mehr vom Gleichen, also forcierte Privatisierung.
 - Privatisiert werden so zugleich die Verursachungen. Wir sind schuld: weil wir nicht marktgerechte Löhne zu behaupten suchen, weil wir nicht konsumieren (und so etwas für den Arbeitsplatz unseres Nachbarn tun), weil wir noch immer zu bequem sind und den wachsenden Druck der globalen Märkte verkennen.
- Soziale Nachhaltigkeit – und erst recht ökologische – gerät bei dieser Betrachtungsweise immer mehr aus dem Blick. Der auf eine ungeschichtlich zusammen gezurrte Wirklichkeit gerichtete neoliberale Blick produziert Verantwortungslosigkeit.
- Aber: diese Schwäche hat der gegen Ende der 1960er Jahre herrschende Keynesianismus, der schon ein halber „Bastardkeynesianismus war, schon mit ihm geteilt: Wir haben damals doch in unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit die „magischen Drei- und Vierecke“ als Instrumente kurzfristiger Wiederherstellung von ökonomischen Gleichgewichten für einen ad infinitum gedachten „Fortschritt“ angesehen – und wenn wir damals zugleich als Marxisten eine gewisse Distanz gegenüber Keynes wahren wollten dessen Satz zitiert, dass wir „auf lange Sicht alle tot“ seien.
- Zugleich waren wir uns als Marxisten damals alle ziemlich sicher, dass „die neue Zeit“ immer noch „mit uns ziehe“. Dieser, wie z.B. auch Wallerstein sagt, „außerordentlich entpolitisierende“ Fortschrittsoptimismus hat erst durch die Berichte des Club of Rome und später dann durch den Diskurs über die Risikogesellschaft, deutliche Risse erhalten – und uns gezwungen, über Geschichtlichkeit, ihre Pfadabhängigkeiten, aber zugleich doch die prinzipielle Offenheit und Ungewissheit des Fortgangs von Geschichte, neu nachzudenken.
- Und heute? Heute geraten wir unter dem Druck einer seit dreißig Jahren immer wirkungsvoller hergestellten neoliberalen Ökonomie immer mehr in die Defensive:
 - Unsere Mobilisierungserfolge sind zwiespältig.
 - Der Druck der herrschenden TINA-Politik auf unsere Gewerkschaften nimmt ungebrochen zu.
 - Deren Mitgliederbasis wird weiter geschwächt.

- Unser demokratisches Gemeinwesen wird weiter unterhöhlt.
- Und auch unter uns heißt es jetzt, die Agenda 2010 ist unumkehrbar geworden.

4. Was können wir als Kritiker dieses Neoliberalismus tun?

Das wäre, ganz knapp zusammengefasst, meine Beurteilung der Lage, in der wir uns befinden. Ich habe versucht ungeschönt und deutlich auszusprechen was ist – getreu einer Maxime von Rosa Luxemburg, die vor 100 Jahren einmal gesagt hat: „Die revolutionärste Tat ist und bleibt, immer das laut zu sagen, was ist.“

Nun bleibt aber noch die viel schwierigere Frage danach, was heute möglich ist oder möglich werden könnte für eine Neue Politik der Arbeit. Ich denke, dies ist eine Frage, die wir an diesen beiden Tagen gemeinsam diskutieren. Ich habe dazu also keine Antworten, allenfalls anregende Fragen und Vorschläge. Ich fasse sie in knappen Stichworten zusammen:

Was können wir als Kritiker dieses Neoliberalismus tun?

- **Wir brauchen den internen Dialog, um Orientierung zu schaffen**
- **Wir müssen ihn verbreitern, um nicht selbst von der herrschenden Meinung erdrückt zu werden**
- **Wir müssen zugleich ihn „von unten“ in die Öffentlichkeit tragen, wenn wir gehört werden wollen**
- **Dies ist dringlich gegen die Untergrabung unserer Demokratie**
- **Wir werden auch weiterhin „das kleinere Übel“ wählen müssen**
- **Aber nur durch „Selbertun“ können wir unsere Wirklichkeit im Interesse der Menge der Vielen verändern**
- **Ein erster Schritt für uns hier wäre die Stärkung „strategischer Wissensallianzen“**

- Das neoliberale Einheitsdenken, gespeist aus immer neuen Impulsen „von oben“, aus so genannten „Sachverständigengremien“ und „Kommissionen“ und unter das Volk gebracht von der „stillen Macht, die das Licht scheut“, sich aber vieler Instrumente bedienen kann, macht es uns als Einzelnen schwer, selbst nicht die Richtung zu verlieren. „Kein Mensch kann sich eine eigene Meinung bilden, ohne sich auf andere Meinungen einzulassen und sie an ihnen auszuprobieren; woraus sich ergibt, dass die Herrschaft der öffentlichen Meinung sogar die Meinungsbildung der wenigen gefährdet, die imstande sind, ihr zu widerstehen“ formuliert H. Arendt unter Bezugnahme an ein Zitat von James Madison, des vier-

ten Präsidenten und eines der „Günderväter“ der amerikanischen Demokratie in ihrem gerade heute wieder sehr lesenswerten Buch „Über die Revolution“. Die Radikaldemokratin H. Arendt wird mit Gründen in eine konservative philosophische Tradition eingeordnet. Aber sie hat in diesem Punkt Recht. Und die, die heute die herrschende Meinung prägen, haben ihren Madison vielleicht auch gelesen. Und jedenfalls gibt es gute Gründe, ihnen die Inanspruchnahme der „gründenden Väter“ der amerikanischen Republik streitig zu machen.

- Wir brauchen deshalb allererst einen dauerhaften und verbreiteten internen Dialog, z.B. zwischen Gewerkschaften, anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und den allen diesen Organisationen nahe stehenden WissenschaftlerInnen. Er müsste durch entsprechende Projekte verstetigt werden. Und diese gälte es untereinander und mit anderen zu vernetzen. Ich behaupte, dass es dafür heute in den Gewerkschaften wachsenden Bedarf gibt. Zwei Beispiele als Beleg:
 - Im Herbst 2003 hat mir ein Kollege, im „Jargon“ ein „Zuschläger“ eines der ersten Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften im DGB, im Hinblick auf die Agenda 2010 gesagt. Unsere Mitglieder sind zutiefst verunsichert. Sie erwarten, dass wir die Bundesregierung klar, aber nicht allzu scharf in der Form kritisieren. Unsere Funktionäre erwarten, dass diese Kritik in der Form noch viel schärfer ausfallen soll. Praktisch bewegen wir uns irgendwie zwischen diesen Anforderungen.
 - In Dortmund bemühen sich derzeit ver.di, Attac, der DGB und viele weitere Organisationen in der Region darum, regional einen Alternativenkongress im Anschluss an den Berliner Kongress vom Mai 2004 zu organisieren. Ich beteilige mich ein wenig an den Vorbereitungen und konnte beobachten, wie groß der Bedarf unter örtlichen Funktionären an breiten orientierenden Diskussionen ist.
 - Die Menschen suchen nach neuen Antworten und gangbaren Wegen für erste Teilschritte. Heute einfach zu sagen, die Agenda 2010 sei inzwischen unumkehrbar geworden wirkt da m. E. desorientierend, wenn wir nicht dazu sagen: Wir konnten diese Politik nicht wesentlich verändern, aber wir sind sicher, sie führt weiter in die Sackgasse: Sie ist Teil dessen, was ich eingangs „Katastrophenpolitik“ genannt habe.
- Wir werden zugleich Anstrengungen unternehmen müssen, diesen Dialog stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. So ein regionaler Perspektivenkongress, wie ich ihn eben genannt habe, ist dazu sicherlich eine Möglichkeit. Aber es gibt mehr Möglichkeiten, Demokratie „von unten“ gegen das neoliberale Einheitsdenken wieder lebendiger zu machen. Auch einer neuen gewerkschaftlichen Arbeitspolitik stünden dafür Möglichkeiten offen. Aber man

muss dann die Menschen selbst zu Wort kommen lassen. Das könnte man – z.B. im Rahmen örtlicher Bildungsarbeit organisieren. Die Instrumente (Zukunftswerkstätten, Planungszellen) sind vorhanden. Was fehlt ist das Zutrauen in die Urteilskraft der Menschen um „von unten“ öffentliche und auf die „bürgerliche Öffentlichkeit“ gerichtete, selbsttätige Prozesse in Gang zu setzen. Dies zu tun wäre aber auch das geeignete Mittel gegen die stetig voranschreitende Untergrabung unserer Demokratie. Deren gedeihliche Entwicklung braucht auch immer wieder Konflikte. Und die Gewerkschaften gehören m. E. heute zu denen, die die mit organisieren müssten.

- Als Wahlbürger werden wir auf absehbare Zeit keine Alternative dazu haben, wenigstens noch das „kleinere Übel“ auf diesem Kurs zu wählen. Einige Interessen der arbeitenden Menschen bleiben dann besser gewahrt. Einige Spielräume bleiben für uns größer.
- Für die, die „von oben“ aus Politik machen, werden hingegen die Spielräume – und der notwendige Druck – für eine andere Politik als die des Neoliberalismus nur dann größer werden, wenn wir uns unten entsprechend in Bewegung setzen. Die Frage an unsere eigenen Organisationen ist dabei, ob und wie sie das mit in Gang setzen wollen.
- Die Aufforderung an die Gewerkschaften, sich als Teil der (vergangenen) Arbeiterbewegung wieder stärker an ihre eigenen Wurzeln als soziale Bewegung zu erinnern, ist relativ leicht ausgesprochen. Klaus Kocka hat das hier in Berlin vor 1 ½ Jahren beim „Berliner Impuls - Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“ getan. Operationalisierende Schritte hierfür zu entwerfen ist hingegen kompliziert. Es geht dann nämlich immer um das Verhältnis von Gewerkschaften als sozialer Bewegung und als lange Zeit sehr erfolgreicher Institution, zu der sie in der Blütephase des Fordismus geworden sind. Und wir können uns erinnern. Die gewerkschaftliche „Doppelstrategie“ zwischen Rechtsfortschritt und Gegenmacht“ ist schon damals nie so recht gelungen. Wenn wir weiter klären wollen ob und wie sie heute angesichts von „Rechtsrückschritt“ als Verteidigung verbliebener institutioneller Bastionen und zugleich Entwicklung neuer Gegenmacht gelingen könnte, wäre es sicherlich ein erster wichtiger Schritt, „strategische Wissensallianzen“ aus dialogischen Prozessen wie denen dieses Forums „Neue Politik der Arbeit“ heraus zu festigen.

Ausgewählte Literatur:

- Kocka, K. (2003): Die Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – Dimensionen eines Konfliktverhältnisses, Vortrag auf dem Symposium der Otto-Brenner-Stiftung „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“, 25.06. 2003, Berlin, veröffentlicht in GMH, 10/11 2003, S. 610-616
- Leif, T. (2004): Die Stille Macht scheut das Licht. Wie Wirtschaftsinteressen die Demokratie untergraben. Der Parlamentarismus und die Politik der großen Konzerne. In: Hebel, S.; Kessler, W. (Hg.): Zukunft sozial: Wegweise zu mehr Gerechtigkeit, Publik-Forum/Frankfurter Rundschau, Frankfurt, S. 200-204
- Martens, H. (2004): Das Dilemma der Doppelstrategie, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de
- Müller, U.; Giegold, S. Arlheger, M. (Hg.): Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, VSA-Verlag, Hamburg
- Müller-Platenberg, U. (2003): Die schwarze Utopie der Chikago Boys. Chile als Beispiel für Theorie und Praxis des Neoliberalismus, in: Locomer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.) (2003): Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie, S. 153-168
- Schui, H.; B, lankenburg, S. (2002): Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, VSA-Verlag, Hamburg
- Wagner, H.; Schild, A. (Hg.) (2004): Der Flächentarifvertrag unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktlichung, VSA-Verlag, Hamburg
- Wallerstein; I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers. Der Niedergang der amerikanischen Macht, VSA-Verlag, Hamburg
- Wissenschaftlicher Beirat von Attac (koordination J. Huffs Schmidt) (Hg.): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien, VSA-Verlag, Hamburg
- Zinn, K. G. (2004): Finanzmarktgetriebene Globalisierung – Einkommenspolitik im Shareholder-Kapitalismus, in: Wagner, H.; Schild, A. (Hg.) a.a.O., S. 23-36